

Borner, Silvio

Article — Digitized Version

Das Verhältnis von Theorie und Praxis

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Borner, Silvio (1976) : Das Verhältnis von Theorie und Praxis, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 11, pp. 556-560

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135009>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Verhältnis von Theorie und Praxis

Silvio Borner, St. Gallen *)

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen bildet die grundlegende Einsicht, daß sowohl eine theorie-lose Praxis wie aber auch – sicher näherliegend – eine praxisfremde Theorie gleichermaßen als äußerst gefährlich – im Sinne einer adäquaten Aufgabenerfüllung der Wissenschaft – abzulehnen sind. Es gilt also, nicht nur die sicher berechtigte Kritik am vorherrschenden Modellplatonismus in den Wirtschaftswissenschaften einmal mehr aufzugreifen, sondern ebenso sehr kritische Fragen an allzu pragmatische oder (besser gesagt) aktivistische Wirtschaftspolitiker zu richten, zeichnet sich deren Verhalten doch sehr oft durch ein fehlendes Fundament an normativen und analytischen Inhalten aus.

Das Nachdenken über wirtschaftliche Zusammenhänge gehörte seit jeher zu den Charakteristika bewußter menschlicher Existenz. So finden wir Ausführungen über wirtschaftliche Gesellschaftsprobleme schon bei den alten Griechen (Aristoteles). Und doch wurde erst seit der Publikation des Hauptwerkes von Adam Smith die Auseinandersetzung mit solchen Fragen zum Gegenstand moderner Wissenschaft. Seit A. Smith stellen wir dabei bis heute drei typische Ansätze zur Vervollkommnung volkswirtschaftlicher Erkenntnisse fest:

Das Bild der Theorie

□ Im Zeitalter der „Klassischen Nationalökonomie“ (Smith, Malthus, Ricardo) fehlte es zwar an einer expliziten Formulierung einer Theorie der Wirtschaftspolitik, doch wegen der damals (Beginn des Industriezeitalters) noch relativ einfachen und eindeutigen normativen, hierarchischen sowie institutionellen Gesellschaftsverhältnisse gewannen solche Theorien trotzdem eine eminent politische

*) Der Verfasser ist seinem geschätzten Mitarbeiter, lic. oec. Paul Leuenberger, zu großem Dank verpflichtet. Dem vorliegenden Aufsatz lagen zudem vorwiegend folgende Schriften zugrunde: Silvio Borner: *Wissenschaftliche Ökonomik und politische Aktion. Eine politische Ökonomie der professionellen Beratung der Wirtschaftspolitik*, Verlag Paul Haupt, Bern 1975; ders.: *Auf der Suche nach neuen Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Verlag Rüegger, Diessenhofen 1975; ders.: *Die amerikanische Stabilitätspolitik seit 1946* (erscheint Ende 1976 im Verlag Paul Haupt als Band 7 der Reihe „Sozioökonomische Forschungen“ in Bern und Stuttgart); sowie Hajo Riese: *Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik*, Hamburg 1975.

Bedeutung. So konzentrierte sich zum Beispiel einer der Hauptvertreter der Klassik – David Ricardo – bewußt auf die Bearbeitung aktueller Gegenwartsprobleme, und was wir heute unter seinem Werk verstehen, ist zu einem großen Teil das mehr oder weniger zufällige Destillat seiner diesbezüglichen Stellungnahmen.

□ Verstand sich also die „Klassische Nationalökonomie“ noch bewußt als sowohl positive wie aber auch normative Wissenschaft, so führte die wirtschaftliche Entwicklung und der damit einhergehende soziale und politische Wandel zu einer ungeheuren Komplexitätszunahme, die das Bedürfnis nach Ausdifferenzierung/„Disziplinierung“ erst hervorrief und so zum bekannten Bild der Ökonomie als positiver Wissenschaft hinführte. Diese Umorientierung, die man gemeinhin mit dem Begriff „Neoklassik“ ehrt oder beklagt, bewirkte dann erst eigentlich die fatale Trennung von Wissenschaft und Politik, primär im Sinne einer immer hermetischeren Abschließung der Theorie von Einflüssen und Anforderungen der wirtschaftspolitischen Praxis.

□ Nach Jahrzehnten relativ ungefährdeter Herrschaft des neoklassischen Paradigmas führten die Krisenereignisse der dreißiger Jahre sowie die offensichtliche Unfähigkeit der Neo-Klassik, Rezepte dagegen anzubieten, zur sog. „Keynesianischen Revolution“. Leider war aber die daraus wachsende Wiederbelebung der Politischen Ökonomie zu schwach und wahrscheinlich auch zu eng angelegt, um den nachfolgenden Gegenangriff der Orthodoxie (postkeynesianisch-neoklassische Synthese, Lehrbuch-Vulgarisierung usw.) unbeschadet zu überstehen.

Prof. Dr. Silvio Borner, 35, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen und Mitglied der Kommission für Konjunkturfragen des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements.

Welche Schlüsse kann man aus diesem kurzen theoretischen Überblick für unser Problem ziehen? Offensichtlich gelang und gelingt es der theoretischen Volkswirtschaftslehre immer weniger, die durch die beschleunigte gesellschaftliche Entwicklung hervorgerufenen nationalen und internationalen Veränderungen im Ablauf sozialer Prozesse einigermaßen adäquat in den Griff zu bekommen. Als Paradebeispiel dafür wäre etwa die orthodoxe Außenwirtschaftstheorie angesichts der weltwirtschaftlichen Problematik von heute zu nennen. Durch ein bis in die Gegenwart festzustellendes dogmatisches Festhalten an immer einseitigeren Problemstellungen, durch ein im Extrem geradezu sklavisches Nachäffen überlebter naturwissenschaftlicher Methoden bzw. Erkenntnisideale und eine Orientierung der Forschung auf die exklusive Akklamation der wissenschaftlichen Zunft erreichte man zwar eine eindruckliche interne Theorieentwicklung (Gleichgewichtstheorie, Mathematisierung, Ökonometrie), begab sich damit aber immer mehr der Möglichkeit, den bedrohlichen Graben zwischen dem imposanten Theoriegebäude und den Erfordernissen der wirtschaftspolitischen Praxis jemals überbrücken zu können. Mit anderen Worten mußte also das konsequente Festhalten an Erklärungen der Realität, die unter den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts zumindest plausibel erschienen, zu einem immer überholteren normativen Inhalt (hier im Sinne der Diskrepanz zwischen axiomatischen Postulaten und der aktuellen Realität) eben dieser Theorien führen. Daß die aufgrund solcher Theorien – beispielsweise der neoklassischen Verteilungstheorie – abgegebenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen kaum einen großen Anspruch auch nur auf analytische, geschweige denn auf politisch durchsetzbare Gültigkeit erheben können, wird deshalb niemanden mehr verwundern.

Das Bild der Praxis

Ziel der Bemühungen im Bereich der Theorie kann also – wie eingangs schon erwähnt – nicht deren Abschaffung sein, sondern im Gegenteil gerade ihre bewußte Förderung in Richtung auf einen adäquaten normativen Aussagewert. Dies ist aber nur möglich, wenn man auch in der Ökonomie vermehrt Forschungsmethoden entwickelt und anwendet, die dem sozialwissenschaftlichen Charakter ihres Forschungsgegenstandes, der sich eben grundlegend von demjenigen der Naturwissenschaften unterscheidet, angemessen sind. Erst dann wird es langsam und schrittweise möglich werden, den Graben zwischen Theorie und Praxis zu schließen.

Betrachten wir die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Aktivität derselben Zeitperiode, so sehen wir, daß selbst in der Hochblüte des öko-

nomischen Liberalismus staatliche Abstinenz in wirtschaftspolitischer Hinsicht im Sinne des Nachwächterstaates praktisch nie voll verwirklicht war. Erst recht die Erfahrungen in unserem Jahrhundert zeigen mit aller Deutlichkeit – wenn auch mit viel stärkerer Ausprägung –, daß so etwas wie die eingangs erwähnte theorieleose Praxis im Bereich der Wirtschaftspolitik gang und gäbe ist. Dabei ist es unwichtig, ob dieser Zustand dem mangelnden normativen Fundament der Theorie, der unhaltbaren Absage an alle wirtschaftspolitischen Eingriffe oder aber den politisch nicht durchsetzbaren Ziel-Mittel-Konzeptionen anzulasten ist. In jedem dieser drei Fälle liegt wohl die Hauptursache der fehlenden oder mangelhaften Vermittlung von theoretischer mit praktischer Sphäre in der offensichtlichen Fehleinschätzung der Bedürfnisse bzw. der Verhältnisse im wirtschaftspolitischen Realbereich.

Als Beispiel für das soeben Gesagte sowie die damit verbundenen Gefahren sei hier nur die Sozialpolitik erwähnt. Aufbauend auf dem (neo-)klassischen Weltbild der Theorie konnte staatliche Sozialpolitik nie etwas anderes sein als ein notwendiges Übel (Mill, Ricardo, Malthus), welches man zur Beseitigung der offensichtlichsten Mißstände im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung noch gerade tolerieren konnte. Tatsache ist aber, daß die staatliche Sozialpolitik sich bis zur Gegenwart – trotz der anhaltenden Gültigkeit ihrer Einschätzung durch die Theorie – zu einem wahren Koloß an Umfang entwickelt hat. Die Problematik dieser Entwicklung besteht nun darin, daß je nach politischer Großwetterlage unkoordiniert und letztlich auch theoretisch unfundiert die bestehenden Sicherungsnetze ausgeweitet und engmaschiger gemacht werden. Die besonderen Gefahren dieses pragmatischen, konzeptionslosen, blinden Aktivismus liegen einerseits darin, daß dabei sehr oft an den längerfristigen Bedürfnissen der Begünstigten vorbei gearbeitet wird, andererseits darin, daß unter diesen Umständen eine längerfristige, rationale Ausrichtung der Sozialpolitik auch gar nicht mehr möglich erscheint. Resultat dieser Tendenzen ist dann eine Eigen-dynamik der institutioneilen Träger dieser Art von Sozialpolitik.

Es liegt auf der Hand, daß man dieses Beispiel der Sozialpolitik durch eine Unzahl ähnlich gelagerter ergänzen könnte, die mehr oder weniger alle dieselben Verlaufsmuster aufweisen.

Haben wir bis jetzt einen Blick auf die Entwicklung von ökonomischer Theorie und wirtschaftspolitischer Praxis seit den Anfängen der industriellen Revolution geworfen, so empfiehlt sich nun noch ein kurzer Blick auf die Zeitepoche seit der sog. „Keynesianischen Revolution“.

Ohne hier näher auf deren bekannten Gehalt eingehen zu können, müssen zum Verständnis der heutigen Gegenwartssituation doch folgende grundlegenden Entwicklungen seit den dreißiger Jahren festgehalten werden:

Das Hauptproblem sowohl der ökonomischen Theorie wie der politischen Praxis war in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg immer weniger die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, sondern immer mehr die Bekämpfung der Inflation und ihrer vielschichtigen negativen Begleiterscheinungen sozialer und politischer, aber auch ökonomischer Natur.

Die keynesianische Betonung der Nachfrage-seite – verständlich aufgrund der besonderen Zeitsituation der dreißiger Jahre – wurde immer mehr mit einer verstärkten effektiven Bedeutung der Angebotsseite konfrontiert (Wachstumsdruck und Preishaussen auf bzw. bei den Ressourcen), wobei die Wirtschaftspolitik diesen angebotsseitigen Störungen entweder mit Nachfrageschocks begegnete oder Angebots- bzw. Strukturwirkungen anvisierte, ohne dafür über eine theoretische Basis zu verfügen.

Die gewaltige Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Komplexität, wie sie vor allem als eine soziale und politische Entwicklung im Sinne der Voraussagen von Schumpeter resultierte, verursachte eine so starke Ausweitung des gesamtgesellschaftlichen Zielsystems, daß eine eindeutige Hierarchisierung desselben im Hinblick auf eine konsensgetragene Wirtschaftspolitik (wie zum Beispiel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren) praktisch unmöglich wurde. Selbst im fatalen Höhepunkt der Weltinflation war von einer Dominanz des Stabilitätsziels wenig oder nichts zu spüren. Nicht Einsicht brachte die Inflation in einen langsameren Trab, sondern erst die weltweite Rezession ab 1974.

Gerade bezogen auf den letzten Punkt zeigt sich auch eine zusätzliche Schwierigkeit, indem nämlich gerade die Möglichkeit aktiver wirtschaftspolitischer Eingriffe (aufbauend auf der Theorie von Keynes) unter den verschiedenen interessierten sozialen Gruppen (Verbände, Gewerkschaften u. a.) einen Lern- und Erfahrungsprozeß ausgelöst hat, der im Laufe der letzten dreißig Jahre zu grundlegenden, qualitativen Verhaltensänderungen wichtiger sozialer Gruppen geführt hat. Gerade das bekannte Phänomen der sog. „Rigiditäten“ oder verteilungsbedingter Anspruchskonflikte mit kosteninflationistischen Folgen können denn auch nur über diese qualitative Weiterentwicklung der sozioökonomischen Realität mit dem Ziel der Wahrung und Durchsetzung von Interessenpositionen via Einschaltung des politischen Systems richtig verstanden werden. In diesem Sinne ist der Keynesianismus Opfer seines eigenen Erfolges

in bezug auf Vollbeschäftigung und Expansion geworden.

Wie soll man aber diesem Zustand einer Theorie begegnen, die sich wie jener irische Bauer verhält, der auf die Frage eines Fremden nach dem Weg nach Dublin antwortete: „If I had to go to Dublin, I would not start from here“, und wie soll sich eine Wirtschaftspolitik reformieren, deren Legitimation allzuoft nur gerade auf einem blinden Aktivismus wenn nicht gar bloß auf einer kurzfristigen Effekthascherei fußt?

Schon relativ frühzeitig wurde angesichts der oben erwähnten Schwierigkeiten nach Möglichkeiten und Wegen gesucht, wie man der offensichtlich notwendigen Aufwertung der politisch-ökonomischen Sphäre theoretisch-konzeptionell begegnen könne.

Traditionelle Reformansätze

Die in diesem Zusammenhang wohl im Vordergrund stehenden Ansätze sind die folgenden:

Der „technokratische Philosophenkönig“ als Modell einer homogenen, das Gesamtinteresse wahren, autonomen Regierungslenkung.

Die Neue Politische Ökonomie als Modell eines Exportes des „Tausch- und Marktparadigmas“ in den politischen Prozeß.

Der Monetarismus als Modell einer Selbststeuerung bei fixen Eingriffsregeln.

Die Neue Linke als Modell revolutionärer Umwälzung.

Ohne hier eine Einzelkritik an diesen vier Ansätzen vornehmen zu wollen, läßt sich auf dem Hintergrund der beabsichtigten Synthese von Theorie und Praxis folgende grundlegende Kritik anbringen:

Einerseits wird versucht, über eine unkritische *Transplantation* wirtschaftlicher Mechanismen in die politische Sphäre – man vergleiche vor allem die „Neue Politische Ökonomie“ – eben diese politische Sphäre und die darin ablaufenden Prozesse adäquat zu erklären,

andererseits flüchtet man über eine vollständige *Loslösung* von der gegebenen Realität in Konzepte und Theorien, die offensichtlich ebenfalls nichts zur Annäherung von Theorie und Praxis leisten können (Monetarismus, Neue Linke).

Mit anderen Worten – ein vertieftes Studium der genannten Ansätze wird dies jederzeit nachweisen –, die traditionellen Reformansätze leisten also zur Verkleinerung der Kluft zwischen Theorie und Praxis wenig oder überhaupt nichts. Es ist im Gegenteil zu fragen, inwieweit es sich bei die-

sen Versuchen nicht um Rückschritte in Richtung überholter Weltbilder des sozialen Universums handelt.

Institutioneller Ansatz

Aufgrund des bisher Gesagten läßt sich die Forderung aufstellen, daß wir einen neuen – und zwar weiter gefaßten und mehr realitätsbezogenen – Bezugsrahmen als das traditionelle Kreislauf- und Konkurrenzmodell in Kombination mit einem hierarchischen Regierungsapparat benötigen. Dieser neue Bezugsrahmen muß folgenden Anforderungen Rechnung tragen:

- Die Gleichgewichtsbetrachtung ist durch einen Ungleichgewichtsschwerpunkt zu ersetzen, weil sowohl Unternehmungen wie der Staat einem ständigen Ringen mit Ungleichgewichten und durch sie ausgelösten Anpassungsprozessen ausgesetzt sind.
- Die undurchlässige, aber fiktive Trennwand zwischen ökonomischem und politischem System und damit zwischen ökonomischen Entscheidungsmechanismen und politischen Aktionen ist abzurechen. An ihre Stelle muß eine Betrachtung

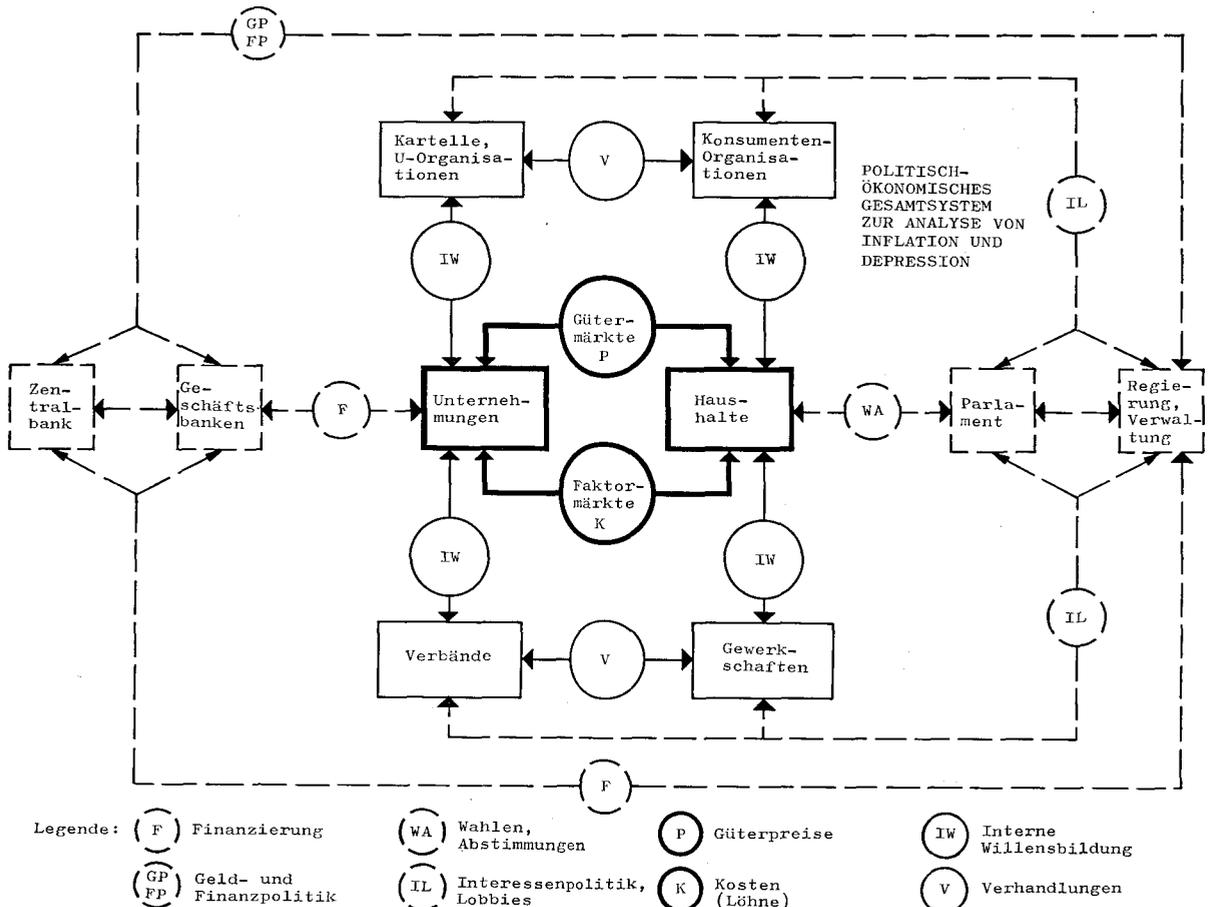
des politisch-ökonomischen Gesamtsystems treten, welche die vielfältigen und zweiseitigen Verknüpfungen zwischen Wirtschaft und Politik in das Kalkül einbezieht.

- Die Lenkungsfunktion kann weder durch einen Steuerungsmechanismus allein bewältigt werden, noch kann sie exklusiv bei einzelnen Institutionen lokalisiert werden.

Aufgrund dieser neuen Weltvorstellung soll anhand von Abbildung 1 rein konzeptionell (als Beispiel) ein möglicher Bezugsrahmen für die Entstehung, Übertragung und Bekämpfung inflatorischer und depressiver Entwicklungen dargestellt werden. Die Auswertung der Abbildung 1 läßt folgendes erkennen:

- Das Gesamtsystem besteht aus drei miteinander verzahnten Bereichen, die sowohl interne Steuerungsmechanismen enthalten als auch externen Lenkungseinflüssen unterworfen sind, nämlich
 - dem Marktsystem (oder Konkurrenz-Tausch-System),
 - dem Verbandssystem (oder Gruppen-Vertrags-System),

Abbildung 1



– dem politischen System (oder Regierungsapparat).

Diese drei Ebenen sind so ineinander verschachtelt, daß nur eine Stabilisierung des Gesamtsystems auf der Basis einer Integration aller Lenkungsmechanismen Erfolg verspricht.

Die Anpassung und Steuerung erfolgt infolgedessen nicht mehr ausschließlich über die traditionellen Elemente der Preis- und Geldpolitik. Es kommen dazu

- interne Willensbildung und Zielsetzung der Gruppen,
- Direkt-Verhandlungen zwischen den Gruppen,
- Interessenverbindungen zwischen wirtschaftlichen Gruppen und dem Staat (indirekte Verhandlungen, Lobbies etc.),
- Wahl- und Abstimmungsverhalten der Einzelpersonen in Abhängigkeit der multiplen Gruppenzugehörigkeit,
- finanzielle Verflechtung zwischen Nationalbank, Unternehmungen, öffentlicher Hand.

Die wirtschaftspolitische Lenkung ist grundsätzlich auf alle diese Mechanismen auszurichten, d. h. nur in Extremfällen (wie zum Beispiel einer eindeutigen Nachfrageinflation oder einer eindeutigen schweren Depression) kann sie sich auf die Globalsteuerung via Geld- und Finanzpolitik und das automatische Funktionieren der Lohn- und Preisreaktion auf den Märkten einigermaßen verlassen. Dabei kann jedoch keine Regierung von oben dirigistisch alles entscheiden. Vielmehr erfordert die Komplexität der Beziehungen eine kooperative Hinzuziehung aller Beteiligten in ihren diversen Eigenschaften als Wähler, als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, als Konsumenten oder Produzenten, als Angehörige verschiedener Gruppen und dieser Gruppen selbst.

Im Gegensatz etwa zur revolutionären Veränderungsstrategie einer „Neuen Linken“ oder zum politischen Nihilismus monetaristischer Prägung,

wo jede institutionelle Evolution von vornherein ausgeschlossen wird, zeigt gerade die Auswertung von Abbildung 1 die überragende Bedeutung institutioneller Gesichtspunkte im Rahmen jeder aussagekräftigen Politischen Ökonomie, d. h. jeder Politischen Ökonomie, der die Überwindung des Grabens zwischen Theorie und Praxis (vgl. die Ausführungen oben) mehr als nur rituelles Programm ist.

Inhaltliche Akzente des institutionellen Vorschlages

Wenn wir zur Darstellung unseres Ansatzes die Sprache der Systemtheorie heranziehen, so ist der primäre Akzent auf die Betonung des *dezentralen Charakters der Lenkungsprozesse* zu setzen: gerade wenn man sich des immer auch *normativen* Charakters aller wirtschaftspolitischen Bemühungen (zukunftsorientierte Eingriffe in die gesellschaftliche Realität) bewußt ist, verbieten sich alle universalistischen, von fixen teleologischen Strukturen ausgehenden Ansätze. Mit Entschiedenheit müssen deshalb alle Übertragungsversuche des sog. Optimierungsparadigmas auf die Ebene kollektiver Systemlenkung als inadäquat zurückgewiesen werden. Was früher noch eher möglich war, nämlich eine Abwälzung von negativen Folgewirkungen „reiner“ wirtschaftspolitischer Eingriffe, ist je länger desto weniger tolerierbar, und zwar sogar im Hinblick auf so relativ wehrlose Systeme wie die sozio-individuelle Sphäre, die Dritte Welt oder die natürliche Umwelt. An die Stelle der wirtschaftlich dominierten Systemausweitungsstrategien muß also eine Programmstrategie zur *Anpassung und Veränderung von Rahmen- und Umweltbedingungen* treten. Mit anderen Worten wird es also in einem solchen System keine starren System- und Subsystemstrukturen mehr geben. Damit wird aber auch gleichzeitig das traditionelle Ziel-Mittel-Denken – selbst wenn man die Austauschbarkeit der beiden Bestandteile als Möglichkeit anerkennt – aussagelos und hilflos.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Demnächst erscheint

Klaus Bolz, Hermann Clement, Petra Pissulla

DIE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER SOWJETUNION

Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Perspektive

Großoktav, 647 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 48,-

ISBN 3-87895-149-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G